

und Milde als ein wahrer Vater über sein Volk herrsche. Mit stürmischer Begeisterung stimmte die Versammlung in das dreifache Hoch ein, welches der Redner auf Kaiser Wilhelm und König Albert ausbrachte. Herr Dr. Gensel erinnerte an das Jahr 1869, in welchem die n.-l. Partei im sächsischen Landtage nur über ein kleines Häuflein unter der anerkannten Führerschaft Biedermann's verfügt habe. Damals habe man den Vorwurf „Landesverräther“ zischeln hören. Der Kernpunkt der Rede Bennigsen's beim Parteifeste in Berlin habe in den Worten gelegen: Es ist nicht Alles national, was sich so nennt oder so erscheint. Die Lösung der Partei müsse auch heute sein: schwarz-weiß-rot, nicht bloß schwarz. Parallel mit der preussischen Schmelzvorlage ließen in Sachsen Forderungen hochkonservativer Männer, welche verlangten, daß zu allen Ämtern im Staate, nur Männer von positivem christlichen Bekenntnis berufen werden sollten. Demgegenüber habe die Partei ein Recht, zu bestehen, und sie werde auch eine Zukunft haben. Sein Hoch galt den anwesenden Reichstagsabgeordneten Mann und Holzmann. Der Letzterannte sprach herzlichen Dank aus für die vorausgegangene Ovation und gebachte des herzlichsten Zusammenhanges, welcher zwischen den n.-l. Fraktionen im Reichstage und in den Einzeltagungen bestehe. Er ließ seine treffliche Rede in einem Hoch auf die sächsische Landtagsfraktion ausklingen, um welche sich besonders die Abgg. Georgi und Niethammer verdient gemacht hätten. Dr. Vogel verlas hierauf mehrere Telegramme. Abg. Niethammer bewaunte, durch Unwohlsein an der Feier verhindert zu sein, und wünschte, daß diese zur Kräftigung der Partei in Sachsen beitragen möge. Ferner sandte Trübsdin herliche Grüße und Wünsche. Parteigenossen aus Reichenbach, dem alten Wahlkreise Georgi's und Niethammer's, sprachen den Wunsch aus, daß in dem bevorstehenden Wahlkampfe die Partei als Sieger hervorgehen und damit eine Jubiläumsgabe darbringen möge. Dann meinte, daß es im Hinblick auf das preussische Volksschulgesetz berechtigt sei, wenn sich in den kleineren Staaten ein Particularismus geltend mache, der nicht gewillt sei, die erlangenen Güter abzugeben und sich nach dem Binde zu drehen, der von Berlin aus wehe. Sein Hoch galt dem Führer Bennigsen. Abg. Kellner dankte für den Trinkspruch, welcher auf die n.-l. Landtagsfraktion Sachsens ausgebracht worden, und überbrachte im Namen des 23. sächsischen Wahlkreises herzliche Grüße. Sein Trinkspruch gipfelte in einem Hoch auf den Abg. Bettinger als den Vertreter der n.-l. Partei im preussischen Landtage. Oberlehrer Dr. Raab gedachte der Mitwirkung der n.-l. Partei bei dem Zustandekommen der Verfassung des Norddeutschen Bundes, der Justizgesetze und des Septennats. Stets habe es die Partei unter Führung Bennigsen's verstanden, durch vermittelnde Nachgiebigkeit und unter Hintanhaltung der Partei-Interessen dem Wohle des deutschen Vaterlandes zu dienen. Redner schloß mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland. Der Höhepunkt der Feststimmung wurde erreicht, als Dr. Ritter nach glanzvoller Rede ein Hoch auf den Fürsten Bismarck ausbrachte. Abg. Bettinger dankte im Namen seiner Fraktionsgenossen und versicherte, daß diese der Volksschulvorlage gegenüber nicht gewillt seien, um eine Regelbreite nachzugeben, wenn es sich um die geistige Freiheit handle. Sein Trinkspruch endete in einem Hoch auf das schöne Sachsenland. In humorvoller Weise verglich Stadtrath Nagel in Leipzig seine Stellung als Kassirer des Landesvereins mit der eines Finanzministers und richtete einen kräftigen Appell an die Anwesenden, die Partei mit pekuniären Mitteln zu unterstützen, da man nicht vom Idealismus allein leben könne. Dr. Gensel, auf welchen Dr. Vogel ein Hoch ausbrachte, theilte mit, daß telegraphische Grüße an die drei Biedermann, an Bismarck, Bennigsen und Biedermann abgehen würden. Handelskammersekretär Schulze ließ die Gäste, insbesondere die Presse, leben. Dann gedachte in humorvoller Weise der Damen, wobei er hervorhob, daß die deutschen Frauen und Jungfrauen unserer nationalgefinnten Kreise oft mehr Interesse und Verständnis für die Größe des deutschen Vaterlandes und ein wärmeres Herz für Bismarck hätten, als viele weibliche Männerseelen. Dr. Ritter forderte zu einem dreifachen Hoch auf den anwesenden, um unser engeres Vaterland hochverdienten Geschichtsschreiber Flathe aus Weissen auf, welcher stets von nationaler Gesinnung befeelt gewesen. Das Fest, welches noch durch manchen Trinkspruch von bereiten Lippin versüßt wurde, verlief in bester Eintracht und Geselligkeit und legte bereites Zeugniß ab von dem nationalen Geiste, welcher die Anhänger der nationalliberalen Partei in Sachsen befeelt.

Dem Reichstage sind bekanntlich ca. 3000 impigenerische Petitionen mit etwa 100,000 Unterschriften zugegangen. In der Reichstagskommission für die Petitionen hatte Abg. Dr. med. Höffel über diese Bittschriften einen ziemlich abfälligen Bericht erstattet. Der Dresdener Impigengegnerverein hat nun eine Antwort auf diese Arbeit des Dr. Höffel abgegeben, in welcher dem letzteren in scharfer, aber sachlicher Weise eine Reihe von starken Irrthümern nachgewiesen werden, während der impigenerische Standpunkt eine geschickte Vertheidigung findet. In der von dem genannten Dresdener Verein herausgegebenen Monatschrift: „Der Impigegner“ kommt jene Antwort zum Abdruck.

Bei der am vorigen 28. December in Chemnitz stattgefundenen landwirthschaftlichen Delegirtenversammlung hatte das Kreisvereinsdirectorium des Kreisvereins im Erzgebirge den Antrag gestellt auf Einführung einer Trichinenversicherung der Schweine für alle Mitglieder des Kreisvereins. Dieser Kreisverband zählt gegenwärtig 223 Vereine mit 10 141 Mitgliedern. Wenn nun bisher ein Mitglied jährlich 20 Pf. zur Kreisvereinskasse zahlte, so sollte bei einzuührender Versicherung der Betrag um 10 Pf. erhöht werden. Die Abstimmung, ob eine derartige Einrichtung erwünscht sei, wurde den einzelnen Zweigvereinen überlassen. Mit Majorität hat man sich dafür entschieden, und gewiß werden Viele freudig diese wohlwollende Absicht des Directoriums begrüßen. Bereits mit dem 1. Januar 1892 ist diese Versicherung in Kraft getreten. Alle Landwirthe, die bisher noch außerhalb eines landwirthschaftlichen Vereins gestanden haben, dürften nur kluglich handeln, sich einem solchen anzuschließen; werden doch auch noch viele andere Interessen gewahrt, für welche leider noch so Viele kein Verständnis haben. Darum Landwirthe, wacht aus Euerem Gleichmuth auf und schließt fest an ein Ganzes Euch an! Ueberall kommt die hohe Staatsregierung der vaterländischen Landwirthschaft fördernd entgegen, aber immer wird hierfür seitens der Glieder dieses Berufszweiges noch nicht die rechte Gegenliebe gezeigt. Es seien nun noch die Bestimmungen angeführt, welche die Mitglieder der einzelnen Kreisvereine angehen.

Z a h l u n g e n. Aug. Sommer, Möbelhändler, Eisenach. Bernh. Buchsch, Rittergutsbesitzer, Hünere. Max Simon, Kaufmann in London, Inhaber der Firma E. F. Haake, Hannover. M. Ed. Th. C. Fidler, Kaufmann,

Kiel. Heinrich Menzel, Gerbermeister, Lauban. Ludwig Zahn, Kaufmann, Mannheim. Firma Lang u. Söhne, Offenbach. Ludwig Lang, Fabrikant, Offenbach. Wilhelm Lange, Zimmermeister, Lerbach. Wilhelm Enmann, Kaufmann, Barchim. W. Ammon, Kaufmann, Rabeburg. Johann Stephan, Kaufmann, Oberhausen. Süßmann Lewel, Kaufmann, Santomisch. Heinrich Janz, Kaufmann, Tilsit. Una Marie v. Binbaum geb. Baldauf, Buchmacherin, Nachlaß, Brand. Conrad Gustav Ferdinand Comnic, Fabrikbesitzer, Rochlitz. Friedrich Hermann Kunde, Material- und Delicatessen-Waarenhändler, Burgstädt. Paul Apitzsch, Conditor, Riesa. Carl Moriz Müller, Fabrik- und W.-Bereitbesitzer, alleiniger Inhaber der Firma: „Carl Moriz Müller,“ Mhlau. Hedwig Minna verchel, Schöne, Inhaberin eines Materialwaarengeschäftes, Kleinbauchitz. Heinrich Friedrich Oswald Klemmer, Kohlenhändler, alleiniger Inhaber der Firma: „H. Klemmer jun.“, Sebnitz (Zwangvergleichstermin 28 März d. J.) Gustav Otto Lehmann, Seilermeister, Stadt Wehlen (Zwangvergleichstermin 19. März d. J.)

Ein riesiger Goldtransport ist am 15. Februar auf der Warschauer Bahn in 6 Waggons 2. Klasse nach St. Petersburg geschafft worden. Vom Bahnhof zum Münzhaus ist der Transport auf 28 Lastschritten befördert worden.

Dem Vorstehenden des im Januar d. J. aufgelösten socialdemokratischen Wahlvereins für Chemnitz und Umgegend ist die Begründung des gegen ihn erangenen Verbois zugegangen. In demselben heißt es u. A.: Der Wahlverein verfolgte im Allgemeinen den Zweck, die gemeinethätlichen Bestrebungen der socialdemokratischen Partei zu fördern und zu vertreten. Dies ergiebt sich aus dem Namen, den der Verein im December 1890 angenommen hatte, aus Punkt 1 des Vereinsstatuts und aus dem ganzen Auftreten der Leiter und Vorführer des Vereins. Der Wahlverein hat das Programm der socialdemokratischen Partei vollständig zu dem seinigen gemacht und dementsprechend im August v. J. ein Glückwunschtelegramm an den in Brüssel tagenden socialdemokratischen Congress, ingleichen im October v. J. ein Begrüßungstelegramm an den socialdemokratischen Parteitag in Eurt abzulassen beschlossen. Von einem hervorragenden Mitgliebes des Wahlvereins, Binnberg, ist am 26. September 1890 am Schluß einer von ihm geleiteten öffentlichen Versammlung ein Hoch auf die internationale revolutionäre Socialdemokratie ausgebracht worden, welches in der Versammlung förmlichen Wiederhall gefunden hat. Die diesfällige Auffassung des Wahlvereins ist auch dadurch gekennzeichnet, daß in der Vereinsversammlung vom 20 März v. J. die Berliner Märzrevolte vom Jahre 1848, die „gefallenen Kameraden“ und die Pariser Kommune verherrlicht worden sind. Seit einiger Zeit hat der bereits erwähnte Waltherr May die Rolle des „aufklärenden, belehrenden“ Sprechers in den Vereinsversammlungen übernommen. Die anmahenden und aufreizenden Aeußerungen, welche dieser junge Mann über die Befestigung der monogamischen Ehe mit dem Aufhören der heutigen Gesellschaft, über die Nothwendigkeit der Einführung der sozialistischen Wirthschaft, über die Verpfändung der Frauen, gerüht zu sein, wenn die Stunde schlage u. gethan hat, konnten nur noch übertroffen werden durch das, was ein feil kurzem hier ausführlicher Apotheker vorgebracht hat. In Erwägung aller dieser actenkundigen Umstände ist man zu der Ueberzeugung gelangt, daß der socialdemokratische Wahlverein seinem Wesen nach es sich zur Aufgabe macht, durch Aufreizung der Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber, der besitzlosen Klassen gegen die Besitzenden, durch Schmähungen und gebärgige Entstellung staatlicher und kirchlicher Einrichtungen, durch Anpreisung und Verherrlichung sozialdemokratischer Lehren und Grundsätze, sowie der wegen verschiedener Vergehen bestraften Parteigenossen eine Thätigkeit zu entwickeln, welche auf die Untergrübelung der gesetzmäßigen Ordnung im Staate und die Erschütterung der rechtlichen, sittlichen und wirthschaftlichen Grundlagen d. s. i. b. i. n. auf Unterdrückung des städtischen Geschäfts und der Achtung vor dem Gesetz gerichtet ist, somit aber zu Gesetzesübertretungen oder unsittlichen Handlungen anzufragen oder dazu geneigt zu machen, und war hiernach der Verein der gesetzlichen Vorschriften gemäß zu verbieten.

Aus Lengsfeld schreibt der „Boigt. Anz.“: Der am Freitag gemeldete Fingerring ist dahin richtig zu stellen, daß der betreffende Fingerring an den erhaltenden Brandwunden nicht gestorben ist. Derselbe befindet sich auf dem Wege der Besserung. Ferner wurde auch der Dien durch die Entladung des Pulvers merkwürdigerweise nicht zerprengt, sondern der starke Luftdruck zerdrückte einige Fenster und verursachte verschiedene Sprünge an den Wänden.

Aus der Umgegend von Torgau, insbesondere Schnecken-dorf, Liebenwerda, Falkenberg, wurden in den Monaten September v. J. bis Januar d. J. verschiedene Einbruchdiebstähle gemeldet, ohne daß es gelingen wollte, der Thäter habhaft zu werden. Fingergelbst wurden hauptsächlich Rittgüter, gestohlen aber vorzugsweise Silberzeug, sowie Kleidungs- und Wäscheartikel. Kürzlich nun fand ein Leipziger Polizeibeamter gelegentlich einer Revision im Leihhause einen Theil der gestohlenen Silberfachen im ungefähren Werthe von 150 Mark daselbst versteckt vor, worauf es alsbald gelang, den Urheber der vielfachen Einbruchdiebstähle zu ermitteln und festzunehmen. Es ist eine 33jährige, in der Brüderstraße wohnhafte Handarbeitersehrau aus Schnecken-dorf bei Torgau, die früher in der gedachten Gegend bedienstet und daher mit den dalsigen Verhältnissen völlig vertraut war. Bei einer in ihrer Wohnung vorgenommenen Ausschung wurden noch große Mengen der gestohlenen Sachen vorgefunden und beschlagnahmt.

Die Handelskammer zu Leipzig hatte sich an verschiedene Firmen, die einen bedeutenden Auslandsverkehr haben, gewendet, um zu erfahren, wie sie sich zur Canalfrage stellen. Die Antworten darauf lauten meist dahin, daß man einen direkten Wasserweg nach der Elbe wünscht, daß man aber den Umweg über Greibau, den der Elster-Saale-Canal macht, nicht billigt. Besonders geht aus den beigebrachten Zahlen auch deutlich hervor, daß man den Canal von Leipzig ab so bauen muß, daß große Schiffe darauf verkehren können. Wenn die Saale als Zwischenfließ gewählt wird, so ist das nicht möglich. Da aber ein Staatszuschuß vom Landtage nicht genehmigt wird, so wird die Frage der Canalverbindung ohnehin noch mehrere Jahre ruhen. Die Handelswelt hier wird sich dabei gern beruhigen, wenn sie dann desto sicherer einen Wasserweg erster Güte erhält. Freilich ist dabei noch zu berücksichtigen, daß der Canal nur auf eine kleine Strecke auf sächsischem Gebiete bleibt, daß er in der Hauptsache auf preussischem Gebiete kommt. Es muß deshalb auch die preussische Regierung dazu gehört werden. Deren Zustimmung wird allerdings leicht zu erlangen sein; ob aber auch ein großer Beitrag zu den Anlagekosten von Preußen zu erwarten ist, bleibt fraglich.

Der Gemeinderath von Liebertswolkwitz hat mit Mehrheit beschlossen, das Rittergut Liebertswolkwitz vom Kammerherrn von Wokdorf auf Störmital käuflich für die Gemeinde zu erwerben, und zwar für den Preis von 137400 Mark. In der am 5. d. M. abgehaltenen Sitzung des Bezirksausschusses zu Leipzig wurde jedoch dem Kaufsproject im Hinblick auf die Verhältnisse die Genehmigung verweigert.

Einen schrecklichen Tod fand in voriger Woche der 8 Jahre alte Sohn des auf dem Krugschachte in Königshütte beschäftigten Maschinenwärters Luczig. Der Knabe brachte seinem Vater das Resperbid und ging dann auf dem Rauchhaulewege bei der Kesselanlage vorbei. Dort war ein eiserner Deckel über eine Einsteigeöffnung des Rauchkanals von unbefugter Hand verschoben worden, und der Knabe fiel, als er über den Deckel ging, in den Rauchkanal, in welchem eine Hitze von über 300 Grad herrschte, hinab und verbrannte. Die Eltern suchten nach ihrem Kinde und fanden, durch den Kaffeekua auf die Spur geleitet, die verfohten Ueberreste des verunglückten Knaben.

Durch eine falsche Anschuldigung seitens einer Frau in Köbtau, welcher vor Kurzem eine größere Summe Geldes abhanden gekommen war, wurden der Raffe und die Richte der Frau in das Gefängniß gebracht. Jetzt aber hat die angeblich Bestohlene das veranigte Geld beim Füllen der Strohsäcke in einem derselben wieder vorgefunden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. März.

Der Reichstag behandelte den auf die Schutzgebiete bezüglichen Theil des Budgets des auswärtigen Amtes. Es handelte sich zunächst um die Etatartikel „zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika“. Berichterstatter Prinz Arenberg empfahl die Annahme des Titels, d. h. die Bewilligung von 2,500,000 Mk. zu den obigen Zwecken. Abg. Bamberger erklärte, die Gegner der Colonialpolitik säßen sich in dieser ihrer Gegnerschaft, je länger sie dauere, um so mehr befürchteten. Sie begnügten sich jedoch, statt 2 1/2 Millionen nur 1 1/2 Millionen zu bewilligen; diese Summe werde um so mehr anzureichen, da wegen Mangels an geeigneten Leuten an größere Unternehmungen nicht gedacht werden dürfe. Er erwarte wegen der Ausweisung des Reichskanzlers E. Wolff von der ostafrikanischen Küste eine Erklärung seitens der Regierung. Die wirthschaftliche Entwicklung der Colonien lasse noch auf einen Zuschuß der deutschen Steuerzahler für eine weitere Reihe von Jahren schließen; die für die Colonien gezeigten Summen ständen in keinem Vergleich zu den Früchten, die man von ihnen erwarte. Reichskanzler Graf Caprivi nahm die Verantwortung für die Ausweisung Wolffs für sich selbst in Anspruch; er habe ihn ausgewiesen wegen der fortgesetzten Angriffe auf den Gouverneur Soden, die zuletzt in persönliche Schassaigkeiten ausgeartet seien. Formell sei er zu der Ausweisung berechtigt gewesen, und auch die Frage, ob sie praktisch gewesen sei, müsse er bejahen. Unzutredene in den Colonien zu finden, sei nicht schwer, aber wenn man daraus einen Vorwurf gegen den Gouverneur bilde, so fehle ihm für solche Verbrechen jede Bezeichnung. Die Berichte Wolffs hätten auf die Aufrechterhaltung der Disciplin in schädlichem Sinne eingewirkt. Der Reichskanzler nahm Herrn v. Soden als einen klaren, zielbewußten Beamten in Schutz, der durchaus nicht als Vogel Strauß den Kopf in den Sand stecke oder schlimme Zustände verheimlichen wolle. Herr v. Soden erwiderte in einem kürzlich eingetroffenen Berichte seine Ziele. Zunächst spreche er von der Nothwendigkeit von gelegentlichen Strafexpeditionen; seine Absicht gehe dann dahin, die Küste sicher zu stellen durch Anlage militärischer Stationen. Er wolle weiter eine völlige Civilverwaltung einführen, Karawanenstraßen ins Innere anlegen und weiter nach den Seen zu einzelne Expeditionen energischer Africareisender ausrüsten oder unterstützen. Graf Caprivi glaubte, mit einem solchen Vorgehen könne Jedermann einverstanden sein und zur Unzufriedenheit gegen Soden liege kein Grund vor. Abg. Graf Arnim bemerkte, daß ein großer Theil der Nation anderer Meinung über unsere Colonien sei als Herr Bamberger und sprach die Hoffnung aus, daß, wenn im nächsten Jahre größere Mittel nöthig sein sollten, die Regierung diese in den Etat einstellen würde. Auf einige Aeußerungen des Abg. Graf Hohenbroch vom Centrum führte Geh. Rath Kayler aus, daß die Regierung mit allen Mitteln die Brantweinpest von Afrika fernzuhalten suche. Was die Steuern anlange, so seien diese wesentlich dieselben wie unter dem Sultanat, es sei nur eine Regulirung der Sätze eingetreten; die Ein- und Ausfuhr sei in fortwährendem Steigen begriffen. Auch Abg. Pannocher betonte, daß ein Grund zum Mißtrauen gegen die Entwicklung unserer Colonien nicht vorliege. Die Abgg. Barth und Raderst wiederholten ihr absprechendes Urtheil über die Colonialpolitik und schrieben Herrn Wolff zu, daß er nur aus Patriotismus gehandelt habe. Reichskanzler Graf Caprivi gab das Letzte zu, meinte aber, daß dieser Patriotismus ein mißverständlicher gewesen sei. Er sei nach Wissen und Gewissen für einen Unergebener und für die deutsche Sache eingetreten; wenn sich da die öffentliche Meinung gegen ihn wende, so garantiere er vollständige Unempfindlichkeit. Die Abgg. Graf Mirbach und v. Kardorff traten für die Nothwendigkeit der deutschen Colonialpolitik ein. Die Forderung für Ostafrika wurde unverändert bewilligt. Am Montag steht außer der Fortsetzung der heutigen Berathung die Anfrage Siegle über den Schutz des Urheberrechts auf der Tagesordnung.

Tagesschau.

Deutsches Reich.

Aus Berlin wird der Wiener „Polit. Correspond.“ geschrieben: „Der in der letzten Landtagsperiode angekündigte Gesetzentwurf, betreffend die Revision des beschlagnahmten Vermögens des vormaligen Königs von Hannover, wird nun wohl demnächst an den Landtag gelangen. Untem Vernehmen nach dürften alle Verträge, die Frage des Belfensfonds in befriedigender Weise zu regeln, an der Hartnäckigkeit des Herzogs von Cumberland scheitern, obwohl ihn seitens der preussischen Regierung ein sehr weitgehendes Entgegenkommen bezeigt wird. Es war eine hoch anerkennenswerthe Großmuth der Regierung, daß sie sich auf Verhandlungen solcher Art überhaupt einlassen hat. Die persönlichen Motive, mit denen die preussische Regierung bei der Regelung der Abfindungsfrage im Jahre 1868 vorging, sind dem weltlichen Hause gegenüber auch jetzt zur Anwendung gelangt. Bekanntlich war schon damals erklärt worden, daß es gleichgültig sei, ob König Georg entgalt habe oder nicht, die Regierung wollte eben vor Allem die-